

### INHALT

- |  |   |
|--|---|
| 48. Kanal- und Wassermindestgebühren 2020 für Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds | 51. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Oktober 2019                |
| 49. VRV 2015 - Festsetzung des Voranschlages für das Finanzjahr 2020               | 52. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Oktober 2019     |
| 50. Richtlinien für den Voranschlag 2020 der Gemeinden und Gemeindeverbände        | <i>Verbraucherpreisindex für August 2019 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

## 48.

### Kanal- und Wassermindestgebühren 2020 für Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds

Die Mindestgebühren nach § 4 der von der Tiroler Landesregierung am 13. November 2018 beschlossenen Richtlinien über die Gewährung von **Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds** werden für das Jahr 2020 wie folgt bekanntgegeben:

#### MINDEST-ABWASSERGEBÜHR

pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch **EUR 2,26 / m<sup>3</sup> inkl. USt.**  
(2019: EUR 2,23 / m<sup>3</sup>)

#### MINDEST-WASSERGEBÜHR

pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch **EUR 0,45 / m<sup>3</sup> inkl. USt.**  
(2019: EUR 0,44 / m<sup>3</sup>)

Bei diesen Gebührensätzen handelt es sich um Bruttobeträge inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Bei Unterschreiten obiger Mindestgebühren ist eine Darlehensgewährung aus dem Wasserleitungsfonds nicht möglich. Bei Gemeindeverbänden (Abwasser- oder Wasserversorgungsverbände) muss jede einzelne Verbandsgemeinde die vorgegebene Mindestgebühr erfüllen, ansonsten ist eine Gewährung eines WLF-Darlehen nicht möglich.

Mit dem Wegfall der Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal werden von Seiten der Abt. Gemeinden für die **Anschlussgebühren** keine Mindestgebührensätze mehr vorgegeben.

Die Mindestgebühren unterliegen nach § 4 Abs. 2 der Richtlinien einer **jährlichen Indexanpassung** nach dem VPI 2015, endgültiger August-Indexwert des Vorjahres.

Es wird darauf hingewiesen, dass

- die **Abt. Wasserwirtschaft** des Landes Tirol in den **Förderungsrichtlinien Siedlungswasserwirtschaft Tirol 2018** (siehe <https://www.tirol.gv.at/umwelt/wasser/wasserinfo/>) und das
- **Bundesministerium** für Nachhaltigkeit und Tourismus in der **Förderungsrichtlinie für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft 2016** im § 7 Abs. 1 Z. 13 (siehe auch <https://www.tirol.gv.at/umwelt/wasser/wasserinfo/foerderungssiedlungswasserwirtschaft/> und [https://www.bmnt.gv.at/wasser/wasser-oesterreich/foerderungen/trinkwasser\\_abwasser/neueFRL.html](https://www.bmnt.gv.at/wasser/wasser-oesterreich/foerderungen/trinkwasser_abwasser/neueFRL.html)) andere Mindestgebührensätze vorsehen.

Die **Mindestwassergebühr** als Voraussetzung für den Erhalt einer Förderung aus der **Siedlungswasserwirtschaft** beträgt EUR 1,00 / m<sup>3</sup> inkl. USt.

# 49.

## VRV 2015 - Festsetzung des Voranschlages für das Finanzjahr 2020

Zur Festsetzung des Voranschlages ist gem. § 93 TGO vorgesehen, dass der Bürgermeister den Entwurf des Voranschlages für das kommende Finanzjahr spätestens bis Ende November für die Dauer von zwei Wochen im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen hat. Die Auflage ist jedenfalls für die Dauer der Auflagefrist öffentlich kundzumachen. Die bisher bestehende Verpflichtung, den Beginn der Auflagefrist mindestens eine Woche vorher durch öffentlichen Anschlag kundzumachen, entfällt.

Vom Gemeinderat ist der gesamte Entwurf des Voranschlages, also alle in § 5 VRV 2015 sowie die in der Tiroler Gemeindeordnung vorgesehenen Bestandteile und Anlagen, zu beschließen. In der Tiroler Gemeindeordnung sind als zusätzliche Bestandteile zum Voranschlag der Vorhabennachweis gem. § 82 TGO, der mittelfristige Finanzplan gem. § 88 TGO sowie der Dienstpostenplan und Stellenplan gem. § 91 TGO vorgegeben.

Im Voranschlag sind weiterhin, wie dies bereits in der Vergangenheit der Fall war, die Auflagefrist, ein Hinweis auf schriftliche Einwendungen, das Beschlussdatum, die Kundmachungsfrist zum Beschluss über die Festsetzung des Voranschlages, die anwesenden Personen sowie das Abstimmungsergebnis anzuführen. Zusätzlich sind die Gemeindeabgaben und Entgelte darzustellen.

Bisher war die Veranschlagungslogik im kameralen System jene, dass ein ausgeglichener Haushalt zu budgetieren war. Dies war dann der Fall, wenn alle Ausgaben durch Einnahmen bedeckt waren.

Diese Veranschlagungslogik findet sich im Drei-Komponenten-System der VRV 2015 so nicht mehr wieder. Soll-Überschüsse und Soll-Abgänge der Vergangenheit können somit auch nicht in das Budget des Finanzjahres 2020 übertragen werden.

Beim Voranschlag für das Finanzjahr 2020 ist in Bezug auf den Ausgleich des Haushalts vor allem der Finanzierungshaushalt (Anlage 1b VRV 2015) zu beachten. Im Finanzierungshaushalt wird auf den Zahlungsmittelfluss und damit auf das Kassenwirksamkeitsprinzip abgestellt. Unter Auszahlungen ist der Abfluss von liquiden Mitteln (z.B. Bank, Kassa) eines Finanzjahres zu verstehen, d.h. sämtliche Auszahlungen von 1.1. bis

31.12. eines jeden Finanzjahres.

Unter Einzahlungen ist der Zufluss von liquiden Mitteln eines Finanzjahres zu verstehen, d.h. sämtliche Einzahlungen von 1.1. bis 31.12. eines jeden Finanzjahres. Der Finanzierungshaushalt liefert daher Informationen zur Liquidität der Gemeinde und zur Finanzierung des Gesamthaushalts sowie seiner Teilbereiche.

Im Finanzierungshaushalt wird zwischen dem Geldfluss aus der operativen Gebarung (Saldo 1), dem Geldfluss aus der investiven Gebarung (Saldo 2), dem Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Saldo 4) und dem Geldfluss aus der nicht voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 6) unterschieden.

Die operative Gebarung umfasst Ein- und Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und laufende Transfers (zB. Einzahlungen aus Ertragsanteilen, laufende Gebühren, Bedarfszuweisungen an Gemeinden, Auszahlungen für Personal, Zinsen für Bankdarlehen).

Die investive Gebarung umfasst Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit (z.B. Zubau / Erweiterung eines Gebäudes, Anschaffung neuer Geräte).

Die Ein- und Auszahlungen der Finanzierungstätigkeit umfassen die Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden (ohne Zinszahlungen) sowie den Erwerb und Abgang von Finanzinstrumenten (z.B. Kauf / Verkauf einer Bankanleihe).

Die Darstellung der nicht voranschlagswirksamen Gebarung ist nur für den Rechnungsabschluss gefordert.

**Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass der Finanzierungshaushalt ausgeglichen ist. Wenn der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 5) im Finanzierungshaushalt negativ sein sollte, dann ist im Voranschlag zu begründen, wie dieser negative Saldo abgedeckt werden soll (zB. durch Zahlungsmittelreserveentnahmen, durch positive Girokontostände).** Zusätzlich wird auf die Bestimmungen des § 90 TGO über den Ausgleich des Haushalts verwiesen. Die Ausführungen zur Novelle der Tiroler Gemeindeordnung im Merkblatt Juni 2019, Nr. 25, sind in Bezug auf die Erstellung des Voranschlages ebenfalls zu beachten.

# 50.

## Richtlinien für den Voranschlag 2020 der Gemeinden und Gemeindeverbände

### I. 1. Rückblick 2019

Das Jahr 2019 war geprägt von einer außerordentlich guten Entwicklung bei den Abgabenertragsanteilen. Dies ist einerseits auf die Zwischenabrechnung 2018, die mit + 7,45 Mio. Euro unerwartet positiv ausgefallen ist und auf eine allgemein sehr gute Wirtschaftslage zurückzuführen. Aufgrund der sehr guten Beschäftigungslage konnten vor allem bei der Einkommen- und Lohnsteuer überdurchschnittliche Steigerungsraten verzeichnet werden. Auch das Aufkommen der Umsatzsteuer entwickelte sich bisher mit +2,42 % im erwarteten Rahmen. Eine außergewöhnliche Entwicklung zeigt die Grunderwerbsteuer. Das Aufkommen beträgt einschließlich der Vorschüsse auf die Ertragsanteile für den Monat November 2019 122,6 Mio. Euro (+15,5 %). Der Gemeindeanteil beträgt 93,706 % und wird nach dem örtlichen Aufkommen verteilt. Unter Einbeziehung der Zwischenabrechnung 2018 wird für das Jahr 2019 mit einem Aufkommen an Abgabenertragsanteilen von rd. 970,40 Mio Euro gerechnet. Dies entspricht einer Steigerung von +7,03 % gegenüber dem Vorjahr.

Abgabenertragsanteile 2018/2019

	Vorschüsse	Vorschüsse	Differenz	
	2018	2019	absolut	%
Jänner	93.979.708,80	102.583.177,79	8.603.468,99	9,15%
Februar	70.500.773,04	78.796.742,50	8.295.969,45	11,77%
März	61.166.315,31	62.598.400,06	1.432.084,75	2,34%
April	90.449.418,67	91.977.177,00	1.527.758,33	1,69%
Mai	57.610.980,06	63.243.295,02	5.632.314,95	9,78%
Juni	57.498.764,65	57.815.209,00	316.444,34	0,55%
Juli	94.254.392,01	100.867.618,60	6.613.226,59	7,02%
August	67.939.662,37	69.508.011,89	1.568.349,52	2,31%
September	67.225.287,10	69.896.205,53	2.670.918,43	3,97%
Oktober	97.959.340,89	99.904.128,94	1.944.788,05	1,99%
November	71.579.344,80	80.370.764,00	8.791.419,20	12,28%
Dezember *)	73.099.245,00	73.100.000,00	755,00	0,00%
EST-VZ	12.395.915,00	12.400.000,00	4.085,00	0,03%
	915.659.147,70	963.060.730,33	47.401.582,62	5,18%
Zwischenabrechnung	-8.995.968,00	7.337.103,00	16.333.071,00	-181,56%
	906.663.179,70	970.397.833,33	63.734.653,62	7,03%

\*) Die Vorschüsse Dezember 2019 sind geschätzt!

### I. 2. Vorschau 2020

Die Prognosen gehen für das Jahr 2020 von einem schwächeren Wirtschaftswachstum aus. Das Bundesministerium für Finanzen rechnet österreichweit mit einem Anstieg der Gemeindeertragsanteile um +2,1 %. Bei den kassenmäßigen Ertragsanteilen prognostiziert das BMF für die Tiroler Gemeinden eine Steigerung von +1,88 %. In der aktuellen Vorausschau geht die Abteilung Gemeinden von einer Steigerung der kassenmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden von +1,28 % gegenüber dem Jahr 2019 aus.

Im Jahr 2020 wird der Abrechnung der Ertragsanteile die Volkszahl zum Stichtag 31.10.2018 zugrunde gelegt. Die Ermittlung dieser Einwohnerzahl erfolgte durch die Statistik Austria gemäß § 10 Abs. 7 FAG 2017. Die aktuellen Werte können auf der Homepage der Statistik Austria abgefragt werden.

## II. Gesamtbemessungsgrundlagen

1. Volkszahl Tirol (§ 10 Abs. 7 FAG 2017) zum 31.10.2018		753.397
2. Abgestufte Bevölkerungszahl (§ 10 Abs. 8 FAG 2017)		1.319.999,532
3. Finanzkraft I - 2020 (§ 2 Gesetz über die Einhebung der Landesumlage)	EUR	161.970.589
4. Finanzkraft II - 2020 (§ 21 Abs. 5 TMSG)	EUR	913.724.412
5. Finanzkraft gemäß § 25 Abs. 2 FAG 2017	EUR	352.819.623
6. geschätzte Ertragsanteile 2020 - brutto (inkl. ZWA 2019 -3,77 Mio.)	EUR	982.460.000
Bedarfszuweisungen 12,80 % (FAG 2017)	EUR	- 125.755.000
Vorausanteile § 12 Abs. 6 FAG 2017 - Gden über 10.000 EW	EUR	- 39.693.000
Nächtigungen § 12 Abs. 8 FAG 2017	EUR	- 41.800.000
Mindestdynamikregelung § 12 Abs. 9 FAG 2017 - Aufkommensneutral	EUR	0
Vorwegabzug für Eisenbahnkreuzungen (§ 27 Abs. 3 FAG 2017)	EUR	- 351.100
Rest EA	EUR	774.860.900
je Einheit des abgestuften Bevölkerungsschlüssels (aBS)	EUR	587,016
7,46 % Landesumlage	EUR	73.213.000

Vorausanteile gemäß § 12 Abs. 6 FAG 2017: Gemeinden erhalten je Einwohner folgende Beträge (Schätzung für 2020 \*):

bis 10.000 Einwohner	EUR	0,00
10.001 bis 20.000 Einwohner	EUR	144,00
20.001 bis 50.000 Einwohner	EUR	144,00
über 50.000 Einwohner	EUR	190,00

\*) Die endgültigen Werte werden im Jänner 2020 durch das BMF festgelegt.

Gemeinden bis 10.000 Einwohner erhalten gemäß § 12 Abs. 8 FAG 2017 EUR 0,90 je Nächtigung gemäß Nächtigungsstatistik 2018, wobei jedoch für die ersten 1.000 Nächtigungen kein Anteil zusteht.

Für die Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2024 wird empfohlen, eine jährliche Steigerung der Ertragsanteile von 2 % anzusetzen.

### Finanzzuweisungen:

BMF - Strukturfonds gemäß § 24 Z 1 FAG 2017 (-17,9 %)	EUR	2.181.953
BMF - Finanzzuweisung gemäß § 24 Abs. 2 FAG 2017	EUR	4.361.000

### Bedarfszuweisungen:

Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Unterstützung strukturschwacher Gemeinden (Punkt III)	EUR	6.765.000
Landesinterner Finanzkraftausgleich (Punkt V)	EUR	13.530.000

Die vorläufigen gemeindeweisen Beträge werden in der Gemeindeanwendung bekanntgegeben.

### III. Berechnungsgrundlagen je Gemeinde

1. Ertragsanteile - 2020
  - Restertragsanteile - Ansatz 9250+8591:  
587,016 x abgestufter Bevölkerungsschlüssel (aBS)
  - Anteil Nüchtigungen (§ 12 Abs. 8 FAG 2017) - 9250+8592  
EUR 0,90 je Nüchtigung
  - Vorausanteil § 12 Abs. 6 FAG 2017 - Ansatz 9250+8593  
Betrag laut Tabelle x Einwohner
  - Mindestdynamikregelung - Ansatz 9250+8597  
Voraussichtlich werden diese Zahlungen im Jahr 2020 nicht mehr anfallen. Es wird empfohlen, auf diesem Ansatz keine Beträge zu veranschlagen.
  
2. Landesumlage - 2020  
45,20 % der Finanzkraft I
  
3. Personalaufwand (Mittelverwendung)  
Aktuell sind keine genauen Informationen über eine allgemeine Bezugserhöhung für den öffentlichen Dienst bekannt. Die den Gehaltsverhandlungen zu Grunde liegende Inflationsrate beträgt 1,7 %. Die erste Verhandlungsrunde findet in der letzten Oktoberwoche statt. Außer der Berücksichtigung allfälliger Zu- und Abgänge, Beförderungen und Überstellungen wird empfohlen, die Mitteilungen über die Bezugserhöhungen in den Medien zu beachten. In diesem Zusammenhang wird in Erinnerung gebracht, dass Beförderungen von Beamten nur zum 1. Jänner oder 1. Juli vorgenommen werden können. Im Zuge der Erstellung des Voranschlages 2020 ist zu prüfen, welche Beamte im Jahr 2020 nach den Beförderungsrichtlinien für eine Beförderung anstehen. Für die Beförderung ist der Dienstposten im Dienstpostenplan mit Gemeinderatsbeschluss entsprechend abzuändern (Kundmachung, Verordnungsprüfung durch die Landesregierung). Es ist darauf zu achten, dass in den Dienstposten- bzw. Stellenplan zum Voranschlag die richtigen Dienstposten (Beamte) und Planstellen (Vertragsbedienstete und sonstige Bedienstete) aufgenommen werden.
  
4. Gemeindeverband für Zuwendungen an ausgeschiedene Bürgermeister - Ansatz 0000-7521  
EUR 8,30 je Einwohner auf Basis des endgültigen Ergebnisses der Registerzählung (Volkszählung) zum 31.10.2011.
  
5. Gemeindeverband für die Kranken- und Unfallfürsorge der Tiroler Gemeindebeamten -  
Ansatz 0100-7520  
Aufwand 2018 laut Schreiben vom 19.03.2019, Zahl KUF-764/2019, keine Erhöhung
  
6. Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten - Ansatz 0800-7520  
Akontozahlung 2019 zuzüglich 6,00 %  
Das entspricht gegenüber der endgültigen Ausfallsleistung 2018 einer Erhöhung um 9,70 % (laut Schreiben vom 15.05.2019, Zahl PF-1/1341/2019)
  
7. Pensionsfonds für Sprengelärzte - Ansatz 0800-7510  
EUR 3,50 je Einwohner zum 31.10.2018

8. Investitionsbeitrag für kaufmännische und gewerbliche Landesberufsschulen - Ansatz 2200-7512  
Die Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen, Jagd und Fischerei hat für das Jahr 2020 für den Beitrag für Investitionen folgende Zahlen bekanntgegeben:
- Schulsprengel ganz Tirol (alle Gemeinden)  
0,6501 % der Kommunalsteuer 2018 zuzüglich EUR 1,9830 je Einwohner zum 31.10.2018
  - plus alle Gemeinden mit Schulsprengel Nordtirol  
0,0444 % der Kommunalsteuer 2018 zuzüglich EUR 0,1377 je EW zum 31.10.2018
  - plus alle Gemeinden mit Schulsprengel Imst (ohne Mieming und Obsteig)  
0,0154 % der Kommunalsteuer 2018 zuzüglich EUR 0,0420 je EW zum 31.10.2018
  - plus alle Gemeinden mit Schulsprengel Landeck  
0,2814 % der Kommunalsteuer 2018 zuzüglich EUR 0,8898 je EW zum 31.10.2018
  - plus alle Gemeinden mit Schulsprengel Kitzbühel  
0,1796 % der Kommunalsteuer 2018 zuzüglich EUR 0,5293 je EW zum 31.10.2018
  - plus alle Gemeinden mit Schulsprengel Schwaz  
0,1653 % der Kommunalsteuer 2018 zuzüglich EUR 0,5381 je EW zum 31.10.2018
  - plus alle Gemeinden mit Schulsprengel Lienz  
0,0598 % der Kommunalsteuer 2018 zuzüglich EUR 0,1369 je EW zum 31.10.2018
9. Sportförderungsfonds - Ansatz 2690-7510  
EUR 2.923.918,-; VA-Betrag 2020: 0,32 % der Finanzkraft II
10. Landesgedächtnisstiftung - Ansatz 3690-7510  
EUR 2.741.173,-; VA-Betrag 2020: 0,30 % der Finanzkraft II
11. Mindesteinkommen der Hebammen - Ansatz 5120-7510  
VA-Betrag 2020: Vorschreibung 2019
12. Abteilung Soziales
- a) Hoheitlicher Beitrag nach dem Tiroler Mindestsicherungsgesetz - Ansatz 4110-7511
  - b) Privatrechtlicher Beitrag nach dem Tiroler Mindestsicherungsgesetz - Ansatz 4110-7513
  - c) Privatrechtlicher Beitrag (TMSG) - Mobile Dienste - Ansatz 4110-7513
  - d) Beitrag nach dem Tiroler Teilhabegesetz (THG)/Behindertenhilfe - Ansatz 4130-7510
  - e) Beitrag Tiroler Grundversorgungsgesetz (Flüchtlingshilfe) - Ansatz 4260-7510
  - f) Zweckzuschuss laut Pflegefondsgesetz - Ansatz 9450+8610
  - g) Zuwendung des Landes für Grundsicherung (Einzahlungen aus Strafgeldern - Ansatz 4260+8611

	2020		Tiroler Mindestsicherungsgesetz						Tiroler	
	Finanzkraft II		Hoheitlich		Privatrechtlich		Mobile Dienste		Teilhabegesetz	
	EUR	% der FK II	EUR	% der FK II	EUR	% der FK II	EUR	% der FK II	EUR	% der FK II
Innsbruck Stadt	213.364.598	12,639,593	5,92%	10.552.577	4,95%	2.496.631	1,17%	15.484.940	7,26%	
Imst	66.769.622	976.738	1,46%	3.784.554	5,67%	1.301.575	1,95%	5.043.183	7,55%	
Innsbruck Land	192.258.118	5.907.413	3,07%	9.425.728	4,90%	2.950.786	1,53%	14.528.561	7,56%	
Kitzbühel	74.594.077	462.759	0,62%	4.506.493	6,04%	1.542.419	2,07%	3.974.845	5,33%	
Kufstein	126.515.544	2.660.915	2,10%	6.190.687	4,89%	2.086.436	1,65%	7.959.673	6,29%	
Landeck	53.005.719	306.954	0,58%	2.746.123	5,18%	1.272.861	2,40%	3.267.302	6,16%	
Lienz	52.915.691	472.881	0,89%	3.659.263	6,92%	2.266.848	4,28%	5.591.179	10,57%	
Reutte	37.872.214	353.568	0,93%	1.292.065	3,41%	499.992	1,32%	2.870.632	7,58%	
Schwaz	96.428.829	1.509.179	1,57%	4.838.510	5,02%	1.679.452	1,74%	7.261.685	7,53%	
<b>Summe</b>	<b>913.724.412</b>	<b>25.290.000</b>		<b>46.996.000</b>		<b>16.097.000</b>		<b>65.982.000</b>		

2020	Finanzkraft II	Zweckzuschuss Pflegefondsgesetz		Anteil Strafgelder	
		EUR	% der FK II	EUR	% der FK II
Innsbruck Stadt	213.364.598	2.668.458	1,25%	1.444.188	0,68%
Imst	66.769.622	957.010	1,43%	462.613	0,69%
Innsbruck Land	192.258.118	2.383.508	1,24%	1.337.429	0,70%
Kitzbüchel	74.594.077	1.139.569	1,53%	514.844	0,69%
Kufstein	126.515.544	1.565.455	1,24%	872.685	0,69%
Landeck	53.005.719	694.419	1,31%	369.450	0,70%
Lienz	52.915.691	925.327	1,75%	378.027	0,71%
Reutte	37.872.214	326.728	0,86%	261.479	0,69%
Schwaz	96.428.829	1.223.526	1,27%	664.285	0,69%
<b>Summe</b>	<b>913.724.412</b>	<b>11.884.000</b>		<b>6.305.000</b>	

Die angeführten Beträge wurden von der Abteilung Soziales bekanntgegeben.

Der Beitrag nach dem Tiroler Grundversorgungsgesetz dürfte aufgrund der aktuell rückläufigen Flüchtlingszahlen weiterhin sinken. Aktuell wird seitens der Abteilung Soziales davon ausgegangen, dass die Gemeindebeiträge in etwa den Einzahlungen aus den Strafgeldern entsprechen.

13. Beitrag nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz - Ansatz 4390-7510

Aufgrund der von der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe bekanntgegebenen Berechnungsgrundlagen ergeben sich folgende Beträge:

2020	Finanzkraft II	Kinder- und Jugendhilfegesetz	
		EUR	% der FK II
Innsbruck Stadt	213.364.598	5.325.735	2,50%
Imst	66.769.622	1.192.369	1,79%
Innsbruck Land	192.258.118	3.849.813	2,00%
Kitzbüchel	74.594.077	1.234.207	1,65%
Kufstein	126.515.544	2.797.502	2,21%
Landeck	53.005.719	554.298	1,05%
Lienz	52.915.691	343.136	0,65%
Reutte	37.872.214	543.186	1,43%
Schwaz	96.428.829	2.306.134	2,39%
<b>Summe</b>	<b>913.724.412</b>	<b>18.146.380</b>	

Für die mittelfristige Finanzplanung wird empfohlen, bei den Sozialbeiträgen und der Kinder- und Jugendhilfe eine jährliche Steigerung von 4 % zu veranschlagen.

14. Tiroler Gesundheitsfonds - Ansatz 5900-7510

EUR 146.430.000,-; VA-Betrag 2020 16,02562 % der Finanzkraft II

Jährliche Steigerung für den MFP + 5,00 %

15. Bezirkskrankenhäuser - Krankenhausumlage - Ansatz 5600-7520

Bezirk	Finanzkraft II	Krankenhausumlage	in % der FK II
Kitzbüchel	74.594.077	wird vom GV BKH bekanntgegeben	
Kufstein	126.515.544	7.555.300	5,972 %
Lienz	52.915.691	3.672.000	6,939 %
Reutte	37.872.214	wird vom GV BKH bekanntgegeben	
Schwaz	96.428.829	wird vom GV BKH bekanntgegeben	

## 16. Landeskrankenhaus Hall in Tirol - Ansatz 5600-7510

Innsbruck Land	192.258.118	4.647.855	2,418 %
----------------	-------------	-----------	---------

## 17. Krankenhaus Zams

## Investitionsbeitrag - Ansatz 5600-7770

Bezirk	Finanzkraft II	Investitionsbeitrag	in % der FK II
Imst	66.769.622	1.940.000	2,906 %
Landeck	53.005.719	1.540.000	2,905 %

Bezirk	Finanzkraft II	Beitrag MRT	in % der FK II
Imst	66.769.622	398.600	0,597 %
Landeck	53.005.719	316.400	0,597 %

## Betriebsabgang - Ansatz 5600-7570

Imst	66.769.622	222.983	0,334 %
Landeck	53.005.719	177.017	0,334 %

## 18. Tiroler Rettungsdienst - Ansatz 5300-7510

Der Beitrag gemäß § 11 Tiroler Rettungsdienstgesetz beträgt voraussichtlich EUR 7.970.000,--. Die auf die einzelne Gemeinde entfallenden Beträge werden von der Abteilung Katastrophen- und Zivilschutz und in der Gemeindegeldanwendung im Portal Tirol bekanntgegeben.

## 19. Mitgliedsbeitrag Tiroler Gemeindeverband - Ansatz 0600-7260

Der Mitgliedsbeitrag 2020 beträgt EUR 2,35 je Einwohner zum 31.10.2018 bei einem Einwohnerlimit von 10.000 Einwohnern. Darin inkludiert ist ein einmaliger Sonderbeitrag in Höhe von EUR 1,-- der für die Ausrichtung des Österreichischen Gemeindetages in Innsbruck im Juni 2020 vorgesehen ist.

## 20. Beitrag Tierschutzverein für Tirol - Ansatz 5810-7570

Die Vereinbarung mit dem Tierschutzverein für Tirol wurde bis zum Jahr 2021 verlängert. Die Vereinbarung sieht für 2020 einen Mitgliedsbeitrag von EUR 0,20 je Einwohner zum 31.10.2018 vor.

## 21. Waldumlage neu

Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der Änderungen in der Tiroler Waldordnung der Umlagesatz als Prozentsatz der von der Tiroler Landesregierung für alle Waldkategorien festgelegten Hektarsätze mittels Verordnung der Gemeinde festzulegen ist. Die Förderung für den Personalaufwand der Gemeindegeldaufseher beträgt höchstens 50 % des Ausgangsbetrages gemäß § 63a Abs. 1 Tiroler Waldordnung abzüglich des Ertrages aus der Umlage, wie sie von der Gemeinde im höchstzulässigen Ausmaß erhoben werden kann.

Im Hinblick auf die im Österreichischen Stabilitätspakt 2012 (ÖStP 2012) getroffenen Vereinbarungen und unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 90 Tiroler Gemeindeordnung 2001 werden die Gemeinden aufgefordert, einen ausgeglichenen Voranschlag 2020 zu beschließen.

Die erweiterten Meldeverpflichtungen im ÖStP 2012 sehen Finanzplandaten für vier Jahre vor. Der mit dem Voranschlag 2020 vorzulegende Mittelfristige Finanzplan (Ergebnis- und Finanzierungshaushalt Anlage 1a und 1b, Voranschlagsquerschnitt Anlage 5b VRV 2015) umfasst somit die Jahre 2021 bis 2024.

Mit der Unterzeichnung des ÖStP 2012 haben sich die Gemeinden verpflichtet, landesweise einen ausgeglichenen Haushaltssaldo nach ESVG (Maastricht-Ergebnis) zu erzielen. Damit in Summe ein ausgeglichener Maastricht-Saldo

(Struktureller Haushaltssaldo) erreicht werden kann, ist die Budgetdisziplin jeder einzelnen Gemeinde notwendig. Zusätzlich ist die Veränderung der Maastricht Verschuldung - Schuldenquotenanpassung (siehe dazu Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe September 2015) beim Voranschlag 2020 sowie beim Mittelfristigen Finanzplan zu beachten.

Aufgrund der von Statistik Austria im September 2019 veröffentlichten Zahlen wurden die zulässigen Zielwerte im Finanzjahr 2018 sowohl in Bezug auf Art. 4 f. ÖStP 2012 (Struktureller Haushaltssaldo) als auch in Bezug auf Art. 10 ÖStP 2012 (Schuldenquotenanpassung) von den Tiroler Gemeinden deutlich verfehlt. In beiden Bereichen erzielten die Tiroler Gemeinden das mit Abstand schlechteste Bundesländerergebnis.

Für die Budgeterstellung muss besonders darauf geachtet werden, dass Darlehensaufnahmen im Gemeindebereich reduziert bzw. wenn dies nicht möglich ist, bei jenen Vorhaben aufgenommen werden, die bei der Betrachtung des Maastricht-Schuldenstandes nicht berücksichtigt werden - dies sind die Abschnitte 85 und 86 (z.B. Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Müllentsorgung). Wirtschaftliche Unternehmungen, welche bisher in den Abschnitten 87 bis 89 abgebildet wurden, erfüllen bis auf wenige Ausnahmen nicht Kriterien einer Quasi KG und werden von der Statistik Austria dem Sektor Staat zugerechnet (Maastricht schädlich!).

Das Bundesministerium für Finanzen hat im Zusammenhang mit dem Österreichischen Stabilitätspakt folgende Zahlen zum Wirtschaftswachstum bekannt gegeben:

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Einheit
BIP real	326,8	335,7	341,3	346,5	352,4	358,1	363,1	Mrd. EUR
Steigerung/Vorjahr	2,6	2,7	1,7	1,5	1,7	1,6	1,4	%
BIP nominell	369,9	386,1	399,1	412,2	426,2	440,2	453,9	Mrd. EUR
Steigerung/Vorjahr	3,8	4,4	3,4	3,3	3,4	3,3	3,1	%
Lohn- und Gehaltssumme	145,0	151,8	158,3	162,8	167,8	172,8	177,8	Mrd. EUR
Steigerung/Vorjahr	3,4	4,7	4,3	2,8	3,1	3,0	2,9	%
Arbeitnehmerentgelt	175,8	184,1	191,8	197,1	203,2	209,3	215,3	Mrd. EUR
Steigerung/Vorjahr	3,4	4,7	4,2	2,7	3,1	3,0	2,9	%
VPI - Steigerung/Vorjahr	2,0	2,3	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	%

Basis: WIFO Prognose Juni 2019

Laut Empfehlung des Bundesrechnungshofs sind die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse künftig in elektronischer Ausfertigung (PDF-Format) zu übermitteln. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden ersucht, die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol bei der Jahresmeldung zum GHD unter Mitteilungen als Anlage hochzuladen. Beim Vorgang GHD 2019 ist dies der Rechnungsabschluss 2019 und der Voranschlag 2020. Der Vorgang wird zeitgerecht in der Gemeindeanwendung zur Bearbeitung frei geschaltet werden.

Die für jede Gemeinde errechneten Voranschlagsbeträge und Finanzplandaten werden in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol bekanntgegeben.

# 51.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Oktober 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	11.168.869	12.176.303	1.007.433	9,02
Lohnsteuer	21.003.357	22.225.321	1.221.964	5,82
Kapitalertragsteuer	996.525	992.182	-4.342	-0,44
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	788.478	502.506	-285.973	-36,27
Körperschaftsteuer	20.223.569	21.190.173	966.604	4,78
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-232	0	232	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	139	381	242	174,55
Stiftungseingangssteuer	15.395	2.812	-12.583	-81,73
Bodenwertabgabe	156.938	130.131	-26.807	-17,08
Stabilitätsabgabe	117.762	120.880	3.119	2,65
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>54.470.799</b>	<b>57.340.689</b>	<b>2.869.890</b>	<b>5,27</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	22.107.997	22.043.320	-64.677	-0,29
Tabaksteuer	1.737.885	1.861.201	123.316	7,10
Biersteuer	176.311	186.783	10.471	5,94
Mineralölsteuer	4.027.218	4.351.346	324.128	8,05
Alkoholsteuer	139.935	126.237	-13.698	-9,79
Schaumweinsteuer	16.516	16.823	306	1,86
Kapitalverkehrssteuern	5.401	2.468	-2.933	-54,30
Werbeabgabe	88.837	88.921	84	0,09
Energieabgabe	800.706	554.639	-246.067	-30,73
Normverbrauchsabgabe	549.394	476.387	-73.006	-13,29
Flugabgabe	58.403	66.679	8.276	14,17
Grunderwerbsteuer	10.452.677	9.408.470	-1.044.208	-9,99
Versicherungssteuer	1.001.642	921.788	-79.854	-7,97
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.990.769	2.090.077	99.309	4,99
KFZ-Steuer	114.487	120.437	5.950	5,20
Konzessionsabgabe	220.364	247.864	27.500	12,48
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>43.488.542</b>	<b>42.563.440</b>	<b>-925.102</b>	<b>-2,13</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe</b>	<b>97.959.341</b>	<b>99.904.129</b>	<b>1.944.788</b>	<b>1,99</b>

## 52.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Oktober 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	38.494.960	41.390.869	2.895.909	7,52
Lohnsteuer	220.881.214	235.638.316	14.757.102	6,68
Kapitalertragsteuer	17.447.169	19.381.661	1.934.491	11,09
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	7.565.569	5.401.107	-2.164.462	-28,61
Körperschaftsteuer	72.024.801	79.320.974	7.296.173	10,13
Abgeltungssteuern Schweiz	-8.131	-16	8.115	99,80
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-274	0	274	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	83.745	9.895	-73.850	-88,18
Stiftungseingangssteuer	548.518	120.293	-428.226	-78,07
Bodenwertabgabe	321.286	634.917	313.632	97,62
Stabilitätsabgabe	927.694	893.058	-34.636	-3,73
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>358.286.551</b>	<b>382.791.073</b>	<b>24.504.522</b>	<b>6,84</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	201.745.995	206.085.575	4.339.580	2,15
Tabaksteuer	15.987.703	16.028.830	41.127	0,26
Biersteuer	1.714.673	1.713.924	-749	-0,04
Mineralölsteuer	37.211.523	37.780.290	568.768	1,53
Alkoholsteuer	1.294.056	1.318.535	24.479	1,89
Schaumweinsteuer	201.585	204.314	2.729	1,35
Kapitalverkehrssteuern	16.877	7.832	-9.045	-53,60
Werbeabgabe	965.609	948.463	-17.146	-1,78
Energieabgabe	8.389.965	7.751.304	-638.661	-7,61
Normverbrauchsabgabe	4.383.945	4.375.413	-8.531	-0,19
Flugabgabe	677.723	587.603	-90.120	-13,30
Grunderwerbsteuer	96.102.902	104.894.303	8.791.401	9,15
Versicherungssteuer	9.972.815	10.121.724	148.909	1,49
Motorbezogene Versicherungssteuer	18.736.300	19.639.233	902.934	4,82
KFZ-Steuer	521.774	540.872	19.098	3,66
Konzessionsabgabe	2.240.087	2.265.673	25.586	1,14
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>400.163.531</b>	<b>414.263.889</b>	<b>14.100.358</b>	<b>3,52</b>
Kunstförderungsbeitrag	134.560	135.004	444	0,33
<b>Gesamtsumme</b>	<b>758.584.642</b>	<b>797.189.966</b>	<b>38.605.324</b>	<b>5,09</b>
Zwischenabrechnung	-8.995.968	7.337.103	16.333.071	181,56
<b>Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung</b>	<b>749.588.674</b>	<b>804.527.069</b>	<b>54.938.396</b>	<b>7,33</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX</b>		
<b>FÜR AUGUST 2019</b>		
(vorläufiges Ergebnis)		
	<b>Juli 2019</b>	<b>August 2019</b>
	<b>(endültig)</b>	<b>(vorläufig)</b>
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	106,4	106,5
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	117,8	117,9
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	129,0	129,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	142,6	142,7
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	150,0	150,2
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	196,2	196,4
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	304,9	305,2
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	535,2	535,7
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	681,9	682,6
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	684,2	684,8
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat August 2019 beträgt 106,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Juli 2019 um 0,1 Punkte gestiegen (Juli 2019 gegenüber Juni 2019 - 0,4 Punkte). Gegenüber August 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,6 Punkte (+ 1,5 %), für Juli 2019/2018 um 1,5 Punkte (+ 1,4 %).</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck